

„Überwachung in öffentlicher Hand belassen“

BREMERHAVEN. Die Gewerkschaft Verdi wehrt sich gegen die Überlegungen der Stadt, die Parkraumüberwachung an private Dienstleister abzugeben. „Öffentliche Aufgaben müssen in öffentlicher Hand bleiben“, sagt Gewerkschaftssekretär Ingo Tebje.

Die Aussage des Ordnungsamtsleiters, dass der Tarifvertrag den Einsatz von städtischen Bediensteten am Wochenende und in den Abendstunden einschränke, lässt die Gewerkschaft nicht gelten. „Selbstverständlich kann auch im Geltungsbereich des TVÖD zu später Stunde oder gar am Wochenende gearbeitet werden. Dies geschieht zum Beispiel in der Straßenreinigung, im Krankenhaus, in Freizeiteinrichtungen und Betreuungseinrichtungen“, sagt Tebje. Die Kolleginnen und Kollegen könnten flexibel eingesetzt werden. Im Vorfeld müssten dazu aber verbindliche Dienstpläne aufgestellt werden, sagt Tebje. „Vielleicht liegt das Problem in der Unfähigkeit, einen solchen Dienstplan zu erstellen“, sagt der Gewerkschafter.

KOMPAKT

Drehbrücke für 24 Stunden gesperrt

BREMERHAVEN. Die große Drehbrücke im Überseehafen wird von Mittwoch, 3. Februar, 7 Uhr, bis Donnerstag, 4. Februar, 7 Uhr, für den gesamten Straßenverkehr gesperrt. Während die Schifffahrt nicht behindert wird, können die Columbusinsel und ihre Betriebe während dieses Zeitraums nur über die Kaiserschleuse angesteuert und verlassen werden. Die Sperrung ist erforderlich, weil die Hafengesellschaft Bremerports verschlissene Stahlbauteile austauschen lässt. (nz)

Einbruch in einen Imbisswagen

LEHERHEIDE. Gewaltsam aufgehebelt haben bislang unbekannte Einbrecher einen Imbisswagen vor einem Verbrauchermarkt an der Hans-Böckler-Straße. Zeugen hatten am Sonntagabend gegen 18.30 Uhr beobachtet, dass mehrere Männer aus einem schwarzen BMW stiegen, zum Imbiss gingen und kurz darauf mit ihrem Wagen wieder verschwanden – beim Nachgucken entdeckten die Zeugen den Aufbruch. Hinweise erbittet die Polizei unter ☎ 9 53 44 44. (nz)

Zusammenstoß beim Linksabbiegen

LEHE. Links abgebogen und den Gegenverkehr nicht beachtet – so wurde der Zusammenprall zweier Autos am Sonntagabend kurz nach 21 Uhr an der Ecke Frenssen-/Hafenstraße unvermeidlich. Eine 23-Jährige hatte beim Links-Abbiegen aus der Frenssen- in die Hafenstraße das Auto eines 51-Jährigen übersehen, der auf der Hafenstraße in Richtung Süden fuhr. Trotz erheblicher Schäden an den Fahrzeugen blieben beide Unfallbeteiligten unverletzt. (nz)

IHR DRAHT ZU UNS

Gert-Dieter Meier (gdm) 0471/597-264
 Christopher Beschnitt (cmb) 0471/597-305
 Thorsten Brockmann (bro) 0471/597-269
 Rainer Donsbach (rad) 0471/597-265
 Wolfgang Ehrecke (ehr) 0471/597-266
 Ursel Kikker (kik) 0471/597-268
 Klaus Mündelein (mue) 0471/597-309
 Jürgen Rabbel (bel) 0471/597-276
 Mark Schröder (mas) 0471/597-252
 Susanne Schwan (sus) 0471/597-290
 Denise von der Ahé (vda) 0471/597-308
 Produktion:
 Gabriele Schürhaus (shs) 0471/597-267
 Christof Santler (san) 0471/597-286
bremerhaven@nordsee-zeitung.de



Rodungen für den neuen Hafen

Die Arbeiten für den Offshore-Terminal (OTB) gehen voran. Der Januar wurde dazu genutzt, Strauchwerk und Bäume am Rand des Flughafengeländes zu roden. Damit sind die Arbeiter jetzt fast fertig. Demnächst wird hier nach Kampfmitteln gesucht. Im Brackwasser wird allerdings noch nicht gearbeitet. Bremerports hat sich mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) darauf verständigt, die Arbeiten im Landschaftsschutzgebiet noch bis Ende April ruhen zu lassen. Gearbeitet werden kann laut dieser Vereinbarung lediglich in Wassertiefen unterhalb von sieben Metern. Der BUND hat gegen den OTB geklagt. Er will bis Mitte Februar zudem noch einen Eilantrag auf aufschiebende Wirkung der Klage stellen.

Foto Scheer

Schreckt Twitter die Täter ab?

Während der Polizeiaktion in den sozialen Netzwerken sinkt die Zahl der Wohnungseinbrüche

VON DENISE VON DER AHÉ

BREMERHAVEN. Eine Woche lang hat die Polizei bei Twitter und Facebook jeden Wohnungseinbruch sofort gepostet – aus Sicht der Polizei war dieses Social-Media-Projekt ein voller Erfolg. Mit 43 Einbruchsdiebstählen sei im Januar „einer der geringsten Werte in der dunklen Jahreszeit“ gezählt worden, teilte die Polizei am Montag mit.

Im Vorjahr stiegen durchschnittlich zwölf Mal pro Woche Einbrecher in Wohnungen ein. Auch in diesem Jahr wurden schon zwischen 8, 12 und 16 Taten wöchentlich registriert. Doch in der Aktionswoche mit dem Twitter-Hashtag (das bedeutet Stichwort) „#keinbruchfishtown“ kam es nur zu fünf Wohnungseinbrüchen.

Schon bei der Ankündigung der Kampagne in den sozialen Netzwerken ging die Zahl der Einbrüche in Bremerhaven zunächst auf Null zurück und stieg zur Freude aller im Lauf der Woche nur sehr langsam an. Aus Sicht der Polizei war das beeindruckend. „Zufall? Oder haben sich die Täter tatsächlich zurückgehalten? Haben sich unsere Bemühungen via Social-Media tats-

sächlich herumgesprochen? Fragen über Fragen, die schwer zu beantworten sind“, so ein Polizeisprecher. In jedem Fall sei es gelungen, große Teile der Bevölkerung für Wohnungseinbrüche zu sensibilisieren. In den sozialen Netzwerken habe es „ein großes Feedback“ gegeben.

Eine Woche lang informierte die Polizei auf Facebook mit einem eigenen Beitrag oder teilte dort den Beitrag eines Kooperationspartners aus anderen Bundesländern. Auf dem Internet-Kurznachrichtendienst Twitter gab es zeitnah Einblicke in die Tatorte und die Ermittlungen der Polizei

– beschränkt auf 140 Zeichen, mehr Platz ist nicht da.

Innerhalb kürzester Zeit habe die Twitter-Seite „#keinbruchfishtown“ 300 Abonnenten (so genannte Follower) bekommen. Oft wurde dazu kommentiert, dass Nachbarn nichts mitbekommen haben, zum Beispiel, weil die Musik lauter aufgedreht war. Dennoch: „Es gab vergleichsweise viele Hinweise zu Wahrnehmungen und verdächtigen Personen“, sagt Polizeiberrat Volker Ortgies, der die Maßnahmen zum Wohnungseinbruch koordiniert. Auf der Plattform Facebook wurde die Aktion mit Texten und Videos begleitet, mit Informationen zum Beispiel rund um die Maschen der Einbrecher oder um Kriminaltechnik. Fazit: „Auch wenn nicht immer eine Straftat dahintersteckte, machen Sie weiter so“, fordert Ortgies die Bevölkerung auf. Wohnungseinbrüche würden ein Schwerpunktthema der Bremerhavener Polizei bleiben.



Bei Twitter und Facebook informierte die Polizei eine Woche lang über Wohnungseinbrüche. Screenshot NZ

Verkehrsberuhigung wider Willen

Geestemünde: Für Tempo 50 fehlen Zusatzschilder

GEESTEMÜNDE. Weg mit Tempo 30, zumindest tagsüber: Mit diesem Versprechen bezüglich der Straße An der Mühle, der Rheinstraße und der Georg-Seebeck-Straße hat die Große Koalition ihre Regierungszeit angetreten.

Im Dezember beschlossen SPD und CDU, Tempo 30 dort nur auf die Nachtstunden zwischen 22 und 6.30 Uhr zu begrenzen und beauftragten das Amt für Straßen- und Brückenbau, entsprechende Zusatzschilder unter den runden „30“-Blechen anzubringen. Vergangene Woche sollten in der Rheinstraße sechs Schilder angeschraubt werden, diese Woche sollte es An der Mühle so weit sein – eine besonders von Pendlern im Berufsverkehr herbeigesehnte Veränderung.

Doch die Zusatzschilder hängen immer noch nicht. Die beauftragte Schilderfabrik brauche

noch weitere zwei Wochen, hieß es bei der jüngsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses. Und so gilt auf den Geestemünder Hauptstraßen nach wie vor die zu Larmschutzzwecken eingerichtete Geschwindigkeitsbegrenzung rund um die Uhr.

„Warum dauert das denn so lange?“, fragte CDU-Fraktionsvorsitzender Thorsten Raschen im Ausschuss in die Runde. „Der Schilderbetrieb hat Produktionsprobleme – eine Maschine ist ausgefallen“, berichtete Enno Wagener, Leiter des Amtes für Straßen- und Brückenbau. Laut Anordnung gilt also bereits tagsüber 50 Kilometer pro Stunde – nur sehen kann es weiterhin keiner. Er hoffe im Gegenzug, sagte Raschen, „dass die Behörden in nächster Zeit in den betreffenden Straßen keine Tempomessungen vornehmen“ (ehr)

Gründungsvater der neuen Stadtmitte

Rudolf Hübenal im Alter von 82 Jahren verstorben

BREMERHAVEN. Er gehört zu den Vätern des Wiederaufbaus, hat der geschundenen Stadt nach dem Krieg neues Gepräge verliehen – und stets betont: „Ich war mir immer sicher, dass Bremerhaven eine Chance hat.“ Am 23. Januar ist Rudolf Hübenal, bundesweit renommiertes, 1994 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrtes Immobilien-Urgestein, nach schwerer Krankheit im Alter von 82 Jahren gestorben und wie jetzt bekanntgegeben wurde – auf Wunsch seiner Familie in aller Stille auf dem Friedhof Lehe beigesetzt worden.

Er habe sich „nie um Posten gerissen“, bekannte Hübenal einst anlässlich seiner Verab-

schiedung aus dem Präsidium des Rings Deutscher Makler (RDM), „aber ich habe mich auch nie vor der Verantwortung gedrückt.“

Den Städtebau kreativ und in sozialer Verpflichtung zu gestalten, betrachtete der passionierte Makler als Lebensaufgabe. Der Diplom-Volkswirt gründete 1958 die Hanseatische Immobilien GmbH, erweiterte das Spektrum 1964 um die Pargelbau Parkplatz- und Gewerbebau GmbH, schob den Bau des Columbus-Centers an, dessen Namen er kreierte, leitete ab 1978 die Verwaltung. Er gehörte von 1983 bis 1995 dem Präsidium der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven an, war 25 Jahre Vorsitzender des Verkehrsvereins Bremerhaven-Wesermünde, engagierte sich als Vorstand der City-Skipper und war Gründungspräsident des Lions-Clubs Carlsburg. (sus)



Foto NZ

Leserbriefe

Folgenschwere Wolfsansiedlung

Zum Thema „Der Wolf in Deutschland“:

Schon wieder hat ein Wolf Nutztiere gerissen. Die Wiedereinsiedlung des Wolfes ist politisch gewollt. Aber über die Folgen hat sich anscheinend keiner der Entscheidungsträger Gedanken gemacht.

Wenn ein Wolf Schaden anrichtet, muss der Geschädigte monatelang auf einen Befund warten und dann noch ausdiskutieren, ob er überhaupt eine Entschädigung bekommt. So erreicht man keine Akzeptanz! Das gesamte öffentliche Leben ist nicht für Raubtiere ausgelegt. Aber dennoch muss die Allgemeinheit darunter leiden, die Zeche bezahlen.

Klaus Gercken, Schiffdorf

Gewaltenteilung ist wichtig

Zum Thema „Probleme mit Migranten“:

Probleme mit den Migranten gab's schon immer. Das Problem: Die Öffentlichkeit durfte/sollte davon nix wissen. Warum, ist mir bis heute nicht klar. Einen vernünftigen Staat können sie nur organisieren und erhalten, wenn in Politik (= Legislative), Exekutive, Judikative und in der Presse bzw. bei den Medienschaffenden pflichtbewusste Menschen unterwegs sind und keine Feiglinge und solche, die mit ihrer Unehrlichkeit Geschäfte betreiben.

H. H. Figue, Lehe

Meinungsbeiträge unserer Leser können nur dann in der NORDSEE-ZEITUNG veröffentlicht werden, wenn die Zuschriften mit Name, Adresse und Telefonnummer versehen sind und die Inhalte nicht gegen Recht und Gesetz verstoßen. Die Leserbriefe sind auf eine Länge von 35 Zeilen (maximal 1000 Zeichen) begrenzt und müssen sich auf ein Thema beziehen, das in der Zeitung behandelt wurde. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir nicht jeden Leserbrief veröffentlichen können.

Schicken Sie Ihre Leserzuschriften bitte unter Angabe des Artikelbezuges an die NORDSEE-ZEITUNG; Redaktion Leserbriefe, Postfach 10 12 28, 27512 Bremerhaven, Fax 04 71/5 97-3 14, E-Mail: leserforum@nordsee-zeitung.de. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.